2021

jahresbericht

MEHR DEMOKRATIE

MEHR DEMOKRATIE ALS MAN DENKT …

Was macht ein Demokratie-Verein im zweiten Jahr der Pandemie? Gespräche auf der Straße sind schwierig, größere Veranstaltungen nahezu unmöglich und die gesellschaftlichen Konflikte mit den Händen zu greifen … Das hat unsere Arbeit erschwert, aber wir haben einfach weitergemacht – und waren dabei sogar erfolgreich. Im Ampel-Koalitionsvertrag findet sich eine ganze Reihe von Demokratie-Themen: die Einführung bundesweiter Bürgerräte, die Verkleinerung des Bundestags, Wahlalter ab 16 Jahren, bessere Lobbykontrolle, ein Bundes-Transparenzgesetz und eine stärkere Wirkung von Petitionen … Das sind dicke Früchte unserer gemeinsamen Arbeit und Ihrer Unterstützung.

Bereits in den ersten Monaten der Corona-Krise haben wir uns darauf eingestellt, Veranstaltungen und Gespräche ins Internet zu verlagern. Durch die leichtere Zugänglichkeit erreichen wir über Online-Formate sogar deutlich mehr Menschen als zuvor. Auch unsere öffentliche Reichweite wächst: 2021 waren wir auf 50 Veranstaltungen eingeladen und hatten mehr als 1.050 Anfragen von Medien und Medienbeiträge.

Mit „Deutschlands Rolle in der Welt“ fand Anfang 2021 erstmals ein bundesweiter Bürgerrat komplett online statt. Nicht nur in dieser Hinsicht war der zweite von uns organisierte Bürgerrat ein Meilenstein: Eng in den Prozess eingebunden, konnten sich Politikerinnen und Politiker ein Bild davon machen, wie Losverfahren, geschützte Gesprächsatmosphäre und gute Moderation helfen, Filterblasen zu durchbrechen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Diese positive Erfahrung hat zusammen mit fast 40 Online-Veranstaltungen mit Wahlkreis-Abgeordneten zu Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie den Weg bereitet für eine belastbare Formulierung im Koalitionsvertrag: *„Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“*

Wie zu erwarten war steht zur direkten Demokratie nichts im Vertrag. Leider! Der Ausbau des Petitionsrechts könnte vielleicht ein Schritt in die richtige Richtung werden, hin zur Volksinitiative, wo – ähnlich wie bereits in einigen Bundesländern – die Bürgerinnen und Bürger selbst Themen auf die Agenda des Parlamentes setzen können. Umso wichtiger, dass wir unsere Kernforderung weiter verfolgen wie zuletzt mit der Beteiligung an ABSTIMMUNG21. Bei der selbstorganisierten und unverbindlichen Volksabstimmung haben knapp 345.000 Menschen zu den Themen Organspende, Privatisierung von Krankenhäusern, Volksabstimmung auf Bundesebene und Klimawende abgestimmt.

Ende des Jahres haben wir mit unserem Wahlrechts-Aufruf „Von XXL zurück auf L“, den bis Dezember fast 90.000 Menschen unterzeichnet haben, ein deutliches Signal gesendet: Die Bürgerinnen und Bürger haben keine Lust mehr auf ein immer größer werdendes Riesen-Parlament! Der Bundestag muss verkleinert, Überhangmandate verhindert und die Bevölkerung in Deutschland besser abgebildet werden. Nun hat die neue Bundesregierung eine Wahlrechtsreform innerhalb des ersten Jahres angekündigt. Wir haben bereits Kontakt zu Bundestagspräsidentin Bärbel Bas aufgenommen und werden ihr unsere Vorschläge auf den Tisch legen.

Und das ist noch lange nicht alles, was 2021 passiert ist – Weiteres finden Sie im Innenteil.

Claudine Nierth
Bundesvorstands-
sprecherin

Marie Jünemann
Bundesvorstands-
sprecherin

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstands-
sprecher

Lesen Sie hier unseren Demokratie-Check des Koalitionsvertrags mit weiteren Themen:
www.mehr-demokratie.de/news/voll/demokratiepolitische-vorhaben-aus-dem-koalitionsvertrag-2021-bis-2025

DAS WAR SONST NOCH WICHTIG IN 2021

Mehr Infos
www.mehr-demokratie.de/news/voll/2021-mehr-demokratie-als-man-denkt-1

Die Klimadebatte
Wir haben zur Klimakrise Wissen als Grundlage für die demokratische Debatte aufbereitet, verschiedene Positionen und anwendbare Demokratie-Instrumente zusammengestellt. Erklärvideos, Podcasts und rund 20 Veranstaltungen sind dabei entstanden. Allein beim Auftakt und beim Musikprojekt „Climate Crisis? Stop and listen!“ waren mehr als 1.000 Menschen online dabei. Für NRW und Schleswig-Holstein wurde ein eigenes Handbuch Klimaschutz geschrieben und mit „Klimawende von unten“ zeigen wir, wie Bürgerinnen und Bürger auf der Kommunalebene die demokratische Debatte über Klimaschutzmaßnahmen voranbringen können.

Deepening Democracy
Mit diesem Projekt versuchen wir, Emotionen, Kommunikations- und Denkmuster, die demokratische Prozesse beeinflussen, sichtbar und benennbar zu machen. 2020/21 haben wir mit Politikfeldaufstellungen, bei denen nach dem Prinzip der Systemaufstellung Menschen Elemente wie z.B. „die Gewählten“, „die Bevölkerung“, „direkte Demokratie“ verkörpern, neue Erkenntnisse über psychologische Aspekte in der Demokratiediskussion gewonnen. Nun helfen wir einzelnen Initiativen, ihr Arbeitsfeld besser zu verstehen und neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Consul
Die von Mehr Demokratie in Deutschland bekanntgemachte Bürgerbeteiligungssoftware Consul wird in rund 20 Städten bereits genutzt oder vorbereitet, darunter auch München, Würzburg, Bamberg, Flensburg. Als Mitglied im Kernteam der internationalen Consul Foundation stellen wir Consul auch im Ausland vor, zuletzt in Palästina.

Losland
Das Projekt Losland hilft Städten und Gemeinden, passgenaue Beteiligungsformate zu entwickeln und durchzuführen, um zukunftsfähig und „enkeltauglich“ zu werden. „Zukunftsräte“ mit zufällig ausgelosten Menschen stehen dabei im Zentrum. 2021 haben wir mit den ersten Kommunen offiziell die Zusammenarbeit begonnen. Am weitesten fortgeschritten im Prozess ist die Gemeinde Leupoldsgrün in Bayern; Augustusburg, Lindau und Gütersloh folgen.

66 Online-Diskussionsrunden und -Vorträge mit rund 21.300 Teilnehmenden und Youtube-Zuschauerinnen und -Zuschauern hat Mehr Demokratie 2021 selbst organisiert: Ein Highlight war die Konferenz „Digitale Demokratie“ u.a. mit Audrey Tang, der Digitalministerin von Taiwan, Linus Neumann, dem Sprecher des Chaos Computer Clubs und Taavi Kotka, dem ehemaligen Digitalisierungsbeauftragten Estlands.

Unter dem Motto **#JungMachtDemokratie** haben wir uns für die Einbindung junger Menschen in die Politik eingesetzt und Online-Veranstaltungen zum Thema parlamentarische Arbeit und Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre organisiert. Zu Letzterem

sind junge Menschen in Hessen und Mecklenburg-Vorpommern vor die Verfassungsgerichte gezogen. Für die Herabsetzung des Beteiligungsalters an Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre haben wir 22.500 Unterschriften an den damaligen Innenminister Seehofer übergeben.

Corona beschäftigte uns nicht nur organisatorisch, sondern auch mit Blick auf die Demokratie. Mit unseren zehn Punkten drängen wir vor allem auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und klare Begrenzung der Corona-Schutzmaßnahmen. Unsere Überzeugung: Die Entscheidungshoheit muss auch in Krisenzeiten bei den Parlamenten bleiben und die Bürgerinnen und Bürger müssen über geeignete Debattenformate und Bürgerbeiräte eingebunden sein.

Lobbykontrolle/Transparenz

Zusammen mit mehr als 50 anderen Organisationen haben wir im Sommer einen Aufruf für mehr Lobbytransparenz unterstützt. Eine Hauptforderung war der nun im Koalitionsvertrag verankerte „legislative Fußabdruck“, der die Einflüsse von Lobbyarbeit auf Gesetze nachvollziehbar macht. Auch die Nachschärfung des Lobbyregisters und ein Bundestransparenzgesetz, ebenfalls Forderungen von Mehr Demokratie, sind angedacht.

WAS LÄUFT IN DEN LANDESVERBÄNDEN?

BADEN-WÜRTTEMBERG Der Verzahnung zwischen direkter Demokratie und dialogischer Beteiligung schreitet voran: Wir achten darauf, dass dabei die direkte Demokratie als demokratiestärkender Akt der gemeinsamen Entscheidung aller anerkannt bleibt. • **BAYERN** Wir haben mehrere Online-Abende veranstaltet, waren auf Demonstrationen aktiv und konnten im Riesenrad zur Langen Nacht der Demokratie in München Menschen von Mehr Demokratie überzeugen. • **BERLIN-BRANDENBURG** Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass unsere Volksinitiative für einen Berliner Klima-Bürgerrat vom Abgeordnetenhaus übernommen und auf den Weg gebracht wurde. • **BREMEN** belegte wieder vordere Plätze im Volksentscheids- und im Transparenz-Ranking, hat eine Stelle für Bürgerbeteiligung geschaffen und will losbasierte Bürgerforen einführen. • In **NIEDERSACHSEN** folgte auf das Rekordjahr der Bürgerbegehren ein Rekordjahr der Bürgerentscheide, woraufhin der Landtag beschloss, die Bedingungen der direkten Demokratie in den Kommunen zu verschlechtern. • **HAMBURG** Neuer Vorstand & neue Aktive an Bord + + + Unsere erfolgreiche Volksinitiative für die Verbindlichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden durch Verfassungsklage ausgebremst + + + Spannung bleibt bis zum Urteil im Neuen Jahr erhalten. • **HESSEN** 2021: Das erste Mal geklagt (Wahlrecht 16), einen Film gedreht (Bürgerbegehrenskampagne), Bürgerräte gefordert (Paulskirche), das erste Volksbegehren seit Langem begleitet (Verkehrswende Hessen) und dabei die Motivation fürs neue Jahr ins Unendliche gesteigert. • **MECKLENBURG-VORPOMMERN** Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linken ist ernüchternd, was die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger angeht – umso wichtiger wird unsere Zukunftsstrategie, die wir auf der Mitgliederversammlung im März festlegen wollen. • **NORDRHEIN-WESTFALEN** Zahlreiche Infostände zu Abstimmung21, Wahlhelferseminare für junge Menschen zur Bundestagswahl und der erfolgreiche Einsatz gegen neue Hürden für Bürgerbegehren im Land – das waren die Highlights des nordrhein-westfälischen Landesverbands. • **RHEINLAND-PFALZ** Es freut uns, dass immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz selbst gestalten und entscheiden wollen und wir dabei beraten und motivieren können. • **SACHSEN** Wir haben uns in diesem Jahr nicht nur als Landesverband wieder zusammengefunden und viele Mitglieder aktiviert, sondern auch eine tolle Flyer-Verteilaktion zu „Abstimmung21“ im Frühjahr gestartet und ca. 15.000 Flyer verteilt. • **SACHSEN-ANHALT** Nach langer Zeit findet im Februar erfreulicherweise wieder eine Landesmitgliederversammlung statt, bei der auch ein Vorstand gewählt werden soll. • **SCHLESWIG-HOLSTEIN** Wir haben den Fraktionen im Parlament Vorschläge gemacht, wie Bürgerräte mit direkter Demokratie verknüpft werden können und sind nun mit ihnen im Gespräch, damit Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl im Mai bundesweit Vorreiter werden kann. • **THÜRINGEN** Geschafft, die 1.500 Unterschriften sind zusammen: Wir werden unsere Ideen für ein modernes Kommunalwahlrecht im Landtag vorstellen können!

Finanzbericht 2021 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Aktionen, Kampagnen	35.000 €	-265.915 €	
Kampagne „Mittendrin mit Bürgerräten“		-36.250 €	
Kampagne „Abstimmung21“		-41.920 €	
Netzwerk Gerechter Welthandel, Democracy International		-6.202 €	
Internationale Partner		-10.000 €	
Saldo			**-325.287 €**
Consul	90.690 €	-61.808 €	**28.882 €**
Bügerrat Deutschlands Rolle in der Welt	1.453.844 €	-1.284.785 €	**169.059 €**
Deepening Democracy	28.041 €	-15.797 €	**12.244 €**
Klimadebatte	200.000 €	-181.765 €	**18.235 €**
Losland	114.576 €	-130.376 €	**-15.800 €**
Zentrum f. kommunale Beteiligung	75.000 €	-9.933 €	**65.067 €**
Presse und Öffentlichkeitsarbeit			
Webseiten, Gestaltung, Infomaterial, Personal, Pressekonferenzen		-242.932 €	
Magazin		-53.738 €	
Saldo			**-296.670 €**
Verbandsinterne Demokratie			
Mitgliederversammlungen, Sitzungen		-32.145 €	
Mitgliederurabstimmungen		-21.261 €	
Rechtschutz		-4.084 €	
Saldo			**-57.490 €**
Veranstaltungen			
Vorträge, Seminare, Bildung	2.087 €	-49.834 €	
Saldo			**-47.747 €**
Wissenschaft			
Datenbank Bürgerbegehren		-4.800 €	
Rankings, Veröffentlichungen		-49.812 €	
Buchverkauf	8.479 €		
Saldo			**-46.133 €**
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-175.988 €	
Miete		-2.764 €	
Datenbank, Datenschutz		-15.234 €	
Kostenerstattungen	14.322 €		
Saldo			**-179.664 €**
Fundraising			
Werbekosten		-23.430 €	
Personal, Spendenbescheinigungen		-122.348 €	
Mitgliedsbeiträge (nur Bundesverband)	422.374 €		
Spendenbriefe	190.611 €	-52.749 €	
Allgemeine Großspenden (ab 10.000 €)	160.000 €		
Spenden	87.161 €		
Online-Spenden	108.282 €		
Sonstige Einnahmen	36.103 €		
MD Stiftung	10.000 €		
Saldo			**816.004 €**
Summen	3.036.570 €	-2.895.871 €	
Ergebnis 2021			**140.699 €**
Übertrag aus 2020			261.974 €
Kontostand 31.12.2021 Bundesverband			**402.673 €**

Impressum
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Telefon 07957-923 90 50
Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE

Bildnachweise
Icons: de.freepik.com
Fotos: Julian Scarcella, Müller-Christ, G./Pijetlovic, D. (2018): Komplexe Systeme lesen. Wiesbaden, S. 403., Christian Frey, Robert Boden. Wenn nicht anders angegeben, stammen die Fotos aus der Datenbank von Mehr Demokratie e.V.